

SOZIALBLATT

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Sozialblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Verbände. Geschäftsleitung: Dr. Bäckerstraße 6, Verlagsanstalt Halle Nr. 240/26, 240/27, 260/25. Vertriebsstelle: Postfach 103/104, Halle Nr. 13 bis 14 Uhr. — Inverantwortlich: einflussreiche Kreise der Arbeiterbewegung.

Bezugspreis monatlich 1,50 und 0,30 RM. Subskribentenliste, insgesamt 2,10 RM. für Arbeiter und Arbeiterinnen 0,40 RM. Belegpreis 2,10 RM. durch Postboten aufgeführt 2,50 RM. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 RM. — Einzelheft 10 Pf. im Einzelverkauf und 20 Pf. im Restverkauf der Abnehmer. Geschäftsstelle: Dr. Bäckerstraße 6, Verlagsanstalt Halle Nr. 240/26, 240/27, 260/25. Postfach 103/104.

Am kommenden Sonntag endgültige Entscheidung Linksruck in Frankreich! Tardieu Mehrheit geht verloren

Die Ergebnisse des ersten Wahlganges der französischen Wahlen haben die Erwartungen der französischen Linksparteien nicht nur erfüllt, sondern sogar übertraffen. Schon jetzt steht ein deutlicher Ruck nach links fest, obwohl bisher nur etwas mehr als ein Drittel der Mandate vergeben wurde.

Es sind 360 Stimmstellen, die im ersten Wahlgang in 427 Kreisen erzielbar sind. Der erste Wahlgang lag also die Situation bereits erheblich günstiger, als dies am Morgen nach dem ersten Wahlgang von 1928 der Fall war. Diese größere Klarheit läßt indessen diesmal schon jetzt erkennen, daß die Linke im Vorfeld ist. Um nur ein Beispiel anzuführen: 1928 wurden nur 14 Sozialisten im ersten Wahlgang gewählt, diesmal sind es rund 40. An Radikalen und verschiedenen linksliberalen Gruppen waren damals nur 20 Abgeordnete sofort durchgekommen, jetzt sind es an die 75. Von den Parteien der Rechten, die hinter der jetzigen Regierung Tardieu stehen und die damals Polignac unterstützten, waren etwa 125 Abgeordnete sofort gewählt worden, jetzt sind es einschließlich nur 110.

Über das ist nicht einmal das Entscheidende. Wahlsieger sind die Sozialisten, weil sie die Stimmen der meisten Kandidaten in jenen Kreisen, in denen eine Stichwahl notwendig ist. Vor vier Jahren haben die Sozialisten das Bild zugunsten der Linken, insbesondere der Sozialisten, wesentlich verschoben, ohne jedoch die knappe Rechts-

Majorität führender Sozialisten und Radikalen, die vor vier Jahren entweder nur mit großer Mühe bei der Stichwahl ein Mandat erzielten oder zunächst unterliegen waren, diesmal gleich im ersten Wahlgang gewählt wurden. Mit Ausnahme von Paul Faure, über dessen erwartetes Mißgeschick bereits berichtet wurde, sind fast alle bekannten sozialistischen Führer wiedergewählt — auch solche, deren Mandate als höchst gefährdet galten — oder sie stehen am kommenden Sonntag vor einem sicheren Sieg. Das gleiche gilt für die

vielen prominenten Abgeordneten der Radikalen Partei. In den Industriebezirken ist der Sozialismus wieder obenan, der Kommunismus hat entweder völlig abgewirkt oder fast an Einkuh verloren.

Erst nach dem nächsten Sonntag wird man das französische Wahlschlachtfeld richtig überblicken können. Aber schon jetzt läßt sich die Niederlage der Reaktion erkennen.

Das französische Volk, das unter der Wirtschaftskrise ebenfalls in steigendem Maße zu leiden hat, hat sich mehr als je zuvor dem Kommunismus angeschlossen. Es hat sich auch nicht durch das Gespenst des Reichstages, das die Nationalisten auf Grund des Anschließens der Nazistimmen in Deutschland an die Wand malten, irreführen lassen. Es hat seinen Willen zur Demokratie und zur Völkervereinigung trotz Tardieu und trotz Hitler klar zum Ausdruck gebracht. Die Wähler, die am 8. Mai ein zweites Mal zur Urne gehen müssen, werden dann vollenden, was am 1. Mai so erfolgversprechend eingeleitet worden ist.

Die Stichwahl entscheidet

Verständigung zwischen der Linken

Paris, 2. Mai. (Eigenbericht.) Der „Paris Soir“ hat errechnet, daß die verschiedenen Parteien beim ersten Wahlgang folgende Mandate gewonnen bzw. verloren haben:

	Gewinn:	Verlust:
Sozialisten	4	2
Radikale	8	0
Republikanische Föderation	1	6
Unabhängige Republikaner	3	1
Christenrepublikaner	4	8
Katholische Demokraten	1	0
Unabhängige Radikale	3	2
Sozialistische Republikaner	2	1
Kommunisten und soz. Kommunisten	0	2

Wenn man die Parteien auf die gegenwärtige Mehrheit und Opposition verteilt, dann ergibt sich für die Regierungsmehrheit ein Verlust von drei Mandaten, für die Opposition ein Gewinn von neun Mandaten. Es handelt sich nun darum, diesen Gewinn und den Erfolgsausgleich bei der Stichwahl dadurch zu sichern, daß die Linksparteien gegenseitig „republikanische Disziplin“ anwenden und gemeinsam für den Einstandhalten stimmen, der am meisten Aussicht auf Erfolg hat. Dafür, daß dies von seiten der Radikalen und Sozialisten geschehen wird, liegen bereits Versicherungen vor. Der radikale Führer Herriot erklärte einem Redakteur der „Epoque“ „Progrès“, nachdem er seiner Freude über den sehr deutlichen Linksruck Ausdruck gegeben hatte, daß die radikale Parteileitung beschließen werde, was bei der Stichwahl geschehen sollte. Er könne daher noch nichts Bestimmtes sagen, aber es sei allgemein bekannt, daß er stets für die „republikanische Disziplin“ gewesen sei. Er werde sie, wie in der Vergangenheit, loyal und

ehrlich vorschlagen. Auf jeden Fall könne er sagen, daß Tardieu durch seine Beharrter Rede die Brücke zwischen sich und den Radikalen abgerissen habe.

Der Sozialist Froillard, der in parteilichsten Fragen große Autorität besitzt, hat auf eine Anfrage des „Paris Midi“ telefonisch geantwortet, daß die sozialistischen Kandidaten zugunsten der Radikalen zurücktreten würden, die größere Aussicht auf Erfolg haben. Die Sozialisten würden auf diese Weise den Vorzug der Radikalen, der beim ersten Wahlgang festzustellen sei, erhöhen. Lieber diese Orientierung der neuen Kammer könne man sich nur freuen.

Nach einer Mitteilung des Generalsekretariats der Radikalen Partei befinden sich in 88 Wahlbezirken, in denen noch keine Entscheidung gefallen ist, die radikalen Kandidaten in sehr günstiger Position für die Stichwahl. Wenn sich diese Berechnung am nächsten Sonntag als zutreffend herausstellen sollte, so würden die Radikalen mit etwa 150 Mann in die neue Kammer einziehen, was einem Gewinn von etwa 40 Mandaten entspräche.

Der heutige Sieg der Linksparteien im ersten Wahlgang wird in negativer Form auch von dem Führer der Nationalisten, Louis Marin, ausgeprochen, der von Nancy an den „Paris Soir“ folgende Erklärung veröffentlicht übermitteln hat:

„Ich bedauere die für den Augenblick sehr große Bindheit der Mehrheit des französischen Volkes, sowohl vom Standpunkt der ausserartigen Lage wie von dem der Wirtschaftlichen und Finanztrile aus. Ich bedauere auch die Bindheit meiner Kollegen, die nicht die Notwendigkeit der Abschaffung des zweiten Wahlganges anerkannt haben. Die Stichwahlen, so wie wir sie jetzt durchführen, geben einen Beweis von der großen Verwirrung und Ziellosigkeit der unehrlichen Handelsgesellschaft.“

Wie groß auf der Rechten die Beirzung über den Wahl- ausgang ist, bemerken die Kommentare der nationalpolitischen Montag-Abendblätter.

Kein Puffsch auf Danzig Polen dementiert sehr energisch

Warschau, 2. Mai. (Eigenbericht.) Die Meldung der Londoner Presse über angebliche polnische Versuchsabsichten gegen Danzig wird von den höchsten offiziellen polnischen Stellen energisch dementiert. Sie findet auch in denjenigen politischen Kreisen, die dem heutigen polnischen Regime besonders kritisch gegenüberstehen, keinen Glauben.

Mehrheit verhindern zu können, die vier Jahre lang zum Leidwesen Europas am Ruder blieb. Diesmal erscheint die Position der linken Parteien für die Stichwahl noch günstiger als 1928. Sie ist schon deshalb günstiger, weil die Kommunisten übererwartet verloren haben, sogar in ihren bisherigen Hochburgen. Die Partier Rechtsprelle verlor, die Tatsache als Trost für ihre Anhänger zu suchen. In Wirklichkeit kommt sie ausschließlich den Linksparteien, vor allem den Sozialisten, zugute. Darüber ist sich die Reaktion nicht im geringsten im Zweifel, denn sie weiß am besten, daß sie ihre geringe Mehrheit von 1928 lediglich den Selbstverleumdern verdankte, die ihnen Wasser leitete, indem es anordnete, daß alle kommunalistischen Kandidaturen im zweiten Wahlgang ausreicht erhalten blieben. Auch wenn jetzt die Kommunisten die gleiche Rolle ausgegeben wird, wie ehemals, so wird sie sich nicht mehr so verbessernd für die Linke auswirken können, weil die Sozialisten oder die Radikalen die kommunalistischen Stimmen nicht mehr brauchen, um am kommenden Sonntag die Reaktion zu besiegen. Freilich würde sich die Niederlage der Rechten an sich viel verändernder gestalten, wenn die sozialistischen Kommunisten endlich erkennen würden, daß der Hauptfeind rechts steht und nicht bei den Radikalarpartei.

Die Mittelpartei der sogenannten Radikalen Linken, deren früherer Führer der verstorbene Abgeordnete Roudeur war, gab vor vier Jahren den Ausschlag zugunsten der Rechten. Wenn sie aber sieht, daß das Fendel nach links ausschlagen hat, wird sie im fünften Aktament leicht sein, die Sozialisten zu verlassen. Über selbst wenn sie geschloßen weiter zu Tardieu hielt, würde sie ihm nicht mehr zur Mehrheit verhelfen können. Schon jetzt läßt sich sagen, daß Tardieu's Mehrheit verlieren gehen wird.

Es kommt jetzt in der Hauptfrage darauf an, daß die Linksparteien am nächsten Sonntag loyal zusammengehen, daß also der Kandidat der Linken, der am 1. Mai am besten abgezeichnet hat, alle Unterstützung am 8. Mai erhält. Die Führer der beiden großen Linksparteien, der Sozialisten und der Radikalen, haben ihren Willen deutlich zum Ausdruck, die so oft bewährte republikanische Disziplin, auch diesmal wieder zu üben. Die Wählermassen werden dieser Karole zweifellos fast überall folgen, so daß bei den meisten Stichwahlen ein Vertreter der Linken den Sieg davontragen wird.

Es ist übrigens bezeichnend und erfreulich, daß eine ganze

Schleicher am Werke?

Intrigen gegen die verfassungsmäßige Reichsregierung

Intrigen gegen die Regierung Brüning sind längst keine Seltenheit mehr. Es überzähle deshalb nicht, wenn jetzt angeblich des bevorstehenden Zusammentritts des Reichstags wieder einmal derartige Intrigen gemeldet werden und zwar diesmal aus Bayern.

Der Herd dieser Intrigen ist nach einer Meldung der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz wieder im Reichshaus in München zu suchen. Ihre Urheber sollen die Generäle Hammerstein und Schleicher sein. Ihr Ziel ist angeblich der Sturz von Brüning und Goerner zum Zwecke der Bildung einer sogenannten „Präsidentenregierung“ mit General Schleicher an der Spitze.

Warnung an die Intriganten

Von unterrichteter Seite wird dem „Sozialdemokratischen Presseblatt“ zu den Veröffentlichungen der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“ über Intrigen gegen den Reichstags und den Reichsinnenminister folgendes mitgeteilt:

„Die Veröffentlichung der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“ stellt eine Warnung an gewisse Kreise in der nächsten Umgebung des Reichspräsidenten dar, die sich schon seit einiger Zeit mit dem Plan einer Schleicher-Regierung beschäftigten. Die Kreise, zu denen wohl auch Cidenburg, Januschau zählt, sind politisch zwar ernst zu nehmen, doch führen sie sich keineswegs auf eine parlamentarisch-republikanische Richtung des Reichstags.

In München wurde man auf diese Bestrebungen

deutlich aufmerksam, daß versucht wurde, gewisse Persönlichkeiten der Bayerischen Volkspartei für den Plan zu gewinnen.

Haltlose Kombinationen?

Amlich wird mitgeteilt: In einzelnen kühnen Kreisen sind Gerüchte verbreitet, monach aus Kreisen der Reichsmehrheit und unter Mitwirkung anderer politischer Persönlichkeiten der Sturz des Reichswehr- und Reichsinnenministers betrieben und unter eine radikale Umbildung hingerichtet würde. Dazu ist festzustellen, daß es sich hierbei um haltlose Kombinationen handelt. Die in der Öffentlichkeit genannten Personen stellen ausdrücklich fest, daß diese Behauptungen erfunden sind und jeglicher tatsächlichen Begründung entbehren.

Die Reichsregierung muß sich personell und geschäftspolitisch den entsprechenden Einfluß sichern

Was dem Reich die Bankensanierung kostete

Bericht im Haushaltsausschuß des Reichstags

Im Haushaltsausschuß des Reichstags erlieferte am Montag Abg. Dr. Hifferding Bericht über die Arbeiten des Unterausschusses für die Bankenfragen. Der Unterausschuß hat seine Aufgabe darin erfüllt, darzustellen, mit welchen Mitteln die Sanierung der Banken erfolgt ist und wie weit sich das Reich finanziell engagiert hat.

Hifferding führte u. a. aus: Aus allgemein-wirtschaftlichen Gründen ist ein Einmischen des Reichs von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten als notwendig anerkannt worden. Die Übernahme der Verantwortung für die Dresdner Bank seitens des Reichs durch Übernahme von 300 Millionen Reichsmark Sachanlagen habe der Unterausschuß als gebührende Tatsache hingenommen. Ein präventiv-wirtschaftliches Arbeiten der Großbanken gebe in volkswirtschaftlichem Sinne nicht. Praktisch sieht man, daß die Reichsgarantie hinter die Großbanken und müßte in einer Krisenzeit effektiv werden. Ähnliche Vorgänge habe man in neuerer Zeit in Italien und Schweden erlebt. Die in England bestehende Trennung zwischen Finanzierungs- und Depotgeschäft lasse sich nicht auf die deutschen Verhältnisse übertragen, da die deutschen Banken ihrer eigenen Entmündigung nach aus den Depotgeschäften der Industrie Kredite geben müßten. Auch dem Vorhaben, das zentrale Banknoten in ein regionales zu zerlegen, habe sich der Unterausschuß nicht anschließen können. Von den Leitern der Filialbanken in den Ländern und in der Provinz werde entschieden bestritten, daß die kleinen Kreditnehmer ungenügend berücksichtigt würden. Im übrigen sei gerade in der Provinz eine Regionalbank, nämlich der Bremer Bankverein, als selbständiges Institut vorzuschlagen. Gegen die Forderung der Danantant mit der Dresdner Bank seien lange Zeit große Widerstände vorhanden gewesen. Daß trotzdem eine Sanierung gütliche gekommen sei, habe im volkswirtschaftlichen Interesse gelegen.

Die Reichsbank habe sich bereit erklärt, aus ihrem Gewinn zweihundert Millionen Mark zu geben, damit Reichsgaranten an Banken erworben werden könnten. Der Gesamtanpaß des Reiches für die Bankensanierung belaufe sich auf 1 115 717 000 M. Davon entfielen auf Ausgaben für Aktienkauf 338 507 000 M., zurückzahlende Darlehen 307 140 000 M., verlorene Forderungen 185 000 000 M., Bürgschaften 285 070 000 M.

Am Bericht Hifferding's schloß sich eine mehrstündige Aussprache, in der Abg. Köhler (3.) bemerkte, die Banken hätten in der Reichsregierung recht gnädige Richter gefunden. Nun müßte sich die Sanierung zumutiger der Wirtschaft auswirken. Die Zentralisierung des Geldwesens in Berlin bedeute eine Schädigung der fern liegenden Gebiete. — Der Deutschnationale Quack verlangte von der Reichsregierung, daß sie alles, was sie an Mitteln noch übrig habe, zur Konsolidierung der Industriebetriebe verwende.

Für die Sozialdemokratie führte Dr. Hifferding aus: Die Opfer, die das Reich gebracht habe, seien außerordentlich groß. Den Aktionären habe das Reich ein Drittel ihres Eigentums geraubt. Die Banken seien in Schwierigkeiten gekommen, weil ihre großen Debitoren ihnen nicht verordnungsgemäß die Kredite zurückzahlen konnten. Anders das Reich die eingefrorenen Kredite den Banken an Stelle der Debitoren zurückzahlt, seien die Verluste des Reiches im wesentlichen den Debitoren zugute gekommen. Diese große Sanierungsaktion habe in der Folge nicht immer Dankbarkeit und Anerkennung bei den Banken gefunden. Das habe sich bei der Sanierung von Überbitten gezeigt.

Es müsse Sache der Reichsregierung sein, sich einen ihren Erfahren entsprechenden Einfluß bei den Banken, sowohl nach der personellen wie nach der geschäftspolitischen Seite hin, zu sichern. Dem Mangel müsse abgeholfen werden, daß das Reich nur das Geld zu geben, aber nichts zu sagen habe.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich erklärte, von den 115 Millionen Mark lägen noch 400 Millionen Mark, für die das Reich haftbar sei wegen der Auslastung der Danobank. Er müßte aber davor warnen, daß irgendjemand annehme, das Reich habe diese 115 Millionen Mark nun auch wirklich ausgegeben. Was habe man da nicht alles während des Wahlkampfes gehört! Es hätte Leute gegeben, die behauptet hätten, daß das Reich für die Banken 5 Milliarden Mark ausgeben habe. Das sei natürlich nichts weiter als eine übliche Wahllüge gewesen. An effektivem Verlust habe das Reich bei der Bankensanierung gehabt erstens bei Zusammenlegung der Dresdner Bankaktiva 150 Millionen und für Herausgabe der Sachanlagen 180 Millionen, zusammen 330 Millionen; soviel koste heute die Bankensanierung dem Reich an effektivem Verlust. Aber man müsse auch damit rechnen, daß das Reich bei seinen Bürgschaften niehin noch 15 Millionen einbüße. Der Verlust des Reichs könne also insgesamt 400 Millionen Mark betragen.

Autounglück — Bier Tote

Hagen, 2. Mai. (Eigenbericht.)

In Hagen-Erdy fuhr in der Nacht zum Sonntag ein Privatwagen mit fünf Personen gegen eine Doppel-Tür. Die Insassen wurden auf der Stelle getötet, der Führer des Kraftwagens, ein Konditor-Meister, wurde schwer verletzt. Es heißt, daß alle Insassen, darunter ein Polizeihauptmannmeister, ein Laborant, ein Anwaltskandidat und eine Hausdofner, angetrunken gewesen sind.

Eisernachtsblutlauf

Am Hofhausein bei Minden erhob ein Kaufmann seine Eitel-tücher, ihren Freund und sich selbst. Altem Aufsehen nach bildet Eisernacht das Motiv der Tragödie.

Mörderanschlag

Am hoffentlichem Dorf Hellenbühl erhob ein entlassener Knecht seine Arbeitgeberin, die Hofbesitzerin Kruse. Als die Land-jäger den Knecht festnehmen wollten, verbarrikadierte sich der Täter in dem Wirthshaus und eröffnete gegen die Beamten ein reges Schießen. Schließlich mußte der Verbrecher die Nützlichkeit seines Widerstandes einsehen. Er erhob sich.

Löwenfrühling

Beim Transport einer Varietébühne in Stuttgart brach plötzlich ein Löwe aus seinem Käfig und machte einen größeren Spiegler-gang durch die Höhenstraßen der Stadt. Der Dompteur des Tieres und ein Lärchauffeur konnten den Löwen nach einiger Mühe wieder einfangen.

Neuer Komet

Auf der Madrider Sternwarte entdeckte der junge spanische Astronom Garaso im Sternbild „Das Haar der Berenice“ einen neuen Kometen. Der Komet wird dem Namen seines Entdeckers tragen.

„Rache“

In Hannover von der Höhe wurde ein Angestellter der Stadt-falle wegen Unterschlagung von 15 000 M. verhaftet. Der Beschuldigte gab bei seiner Vernehmung seine bisher durch Falschmeldungen vertulichten Verbrechen zu. Er erklärte, daß er sich dafür habe rächen wollen, daß ihm durch die Insuffizienz seiner Erparnisse genommen worden seien. Der Verhaftete hat das Geld teils für Trauten, teils für alkoholische Gemische ausgegeben.

Hotelbrand

In Schwaan (Mecklenburg) ist das Hotel „Deutsches Haus“ durch Großfeuer eingestürzt worden.

Sie schwindeln ihren Anhängern weiter etwas vor Naziangst vor der Verantwortung

Wollen die Nazis allen Ernstes regieren oder nicht? Die behaupten, sie tun nur so als ob, um dem Ergebnis des 24. April die Konsequenzen zu ziehen. Das Berliner Nazi-Blatt liefert dafür den besten Beweis. Es schreibt in seiner Monatsnummer:

„Die Nationalsozialisten müssen den selbstverständlichen Standpunkt vertreten, daß sie sich an einer Regierungskoalition in Preußen nur unter der Voraussetzung beteiligen, daß ihnen die Machtmittel des Staates in die Hand gegeben werden. Die Nationalsozialisten können eine Regierungsübernahme in Preußen ferner nur dann verantworten, wenn die Gewähr dafür vorhanden ist, daß ihnen vom Reich her nicht die Macht in Preußen eine Regelung der Dinge eintreten, bei der die Nationalsozialisten den entscheidenden Einfluß gewinnen. Gegenüber dieser klaren und einzig möglichen Stellungnahme der Nationalsozialisten gibt es keine Deutlichkeit und keine Konzessionen.“

Wer sich als Minderheit, ohne jede Rücksichtnahme auf die „zur Minderheitsstellung“ erforderlichen anderen parlamentarischen Gruppen, so großmächtig benimmt, kann nicht ernsthaft auf die Übernahme der Mitverantwortung reflektieren. Tatsächlich läuft die Taktik der Nazis darauf hinaus, bei ihren Anhängern den Eindruck zu erwecken, als ob sie „mitregieren“ wollen. In Wirklichkeit aber wissen sie, daß sie angeführt der Weltwirtschaftskrise die wirtschaftliche Lage Deutschlands weder ändern noch bessern können und deshalb tun sie bereits jetzt alles, um ihre Mitverantwortung durch unannehmliche Forderungen auszuweichen.

Es gibt Ehrenpunkte!

Zentrumsarbeiter gegen Naziherrschaft

Köln, 2. Mai. (Eigenbericht.)

Als Ergebnis einer Aussprache des Arbeiterbeirats der Kölner Zentrumsgruppe über die politische Lage teilte der „Kölner Lokalanzeiger“ in seiner Nummer 119 mit:

„Die Kölner Arbeiter-Zentrumsmitglieder würden es nicht verhehlen, wenn das Zentrum sich mit den Nationalsozialisten an einen Tisch legen würde, bevor nicht eine Reihe Ehrenfragen geklärt ist und Vereinbarungen der gesamten Zentrumsgruppe und einzelner Persönlichkeiten, besonders die gemeinen Verbindungen des Bräutaten Raas, zurückgenommen wurden. Die Arbeiter-Zentrumsmitglieder wollen dies als eine bestimmte Willensmeinung zum Ausdruck gebracht haben. Aller nationaler Opferwilligkeit der Zentrumsgruppe in Ehren, aber es gibt auch eine Parteilichkeit!“

Klagges maßregelt

Sozialdemokratische Wissenschaftler entlassen

Der Professor für praktische Pädagogik an der Technischen Hochschule in Braunschweig, der Sozialdemokrat Adolf Jennew, wurde von dem Naziminister von den Nationalsozialisten Klagges kündigt ferner den beiden Sozialdemokraten, Dozent Dr. von Frankenberg (Zoologie) und Privatdozent Dr. von Braten (Biologie) den Lehrvertrag zum Ende des Sommersemesters. Klagges

setzte sich über den Willen der Hochschule, die das Schreiben der tüchtigen und beliebten Dozenten lebhaft bedauert, ohne weiteres hinweg.

Wir wollen Euch nicht mehr!

Köln, 2. Mai. (Eigenbericht.)

Das Volk bäumt sich gegen die Parteibuch-Wirtschaft der Ritter vom Hutentzug auf. Zwar haben diese bei den letzten medienburgischen Gemeindevorwahlen so starke Erfolge gehabt, daß sie glaubten, sie könnten willkürlich draußlos wirtschaften und ihre Parteibuchbeamten überall unterbringen. Aber sie mochten diese Rechnung ohne die Wähler selbst. Ein außerordentlich kennzeichnender Vorgang hat sich jetzt in dem Städtchen Schwaan abgepielt. Auch dort „herichtig“ teil den letzten Wahlen die Nazis mit Hilfe ihrer Hugenberg-Trabanten fast unumstößlich. Erst kurz vor ihrer „Übernahme der Macht“ war ein deutschnationaler Gerichtshofener aus Köfod. Dr. Bergmann mit Namen, zum Bürgermeister gewählt worden. Aber bald, nachdem die Hitlerleute aus Katsbau kamen, gehen sie dem Bürgermeister einen Nazi-Abschreiber auf die Nase, nur damit die kleine Stadt zwei Bürgermeistereihalter zu haben hätte. Der Herr Abschreiber ist inzwischen wieder verstorben. Jetzt aber befehligt die Nazi-Rechts-mehrheit, den Bürgermeister zu pensionieren und eine Neuwahl vorzunehmen. Die Sozialdemokraten verlangen schon aus Erparnisgründen die Weiterbetrauung Bergmanns mit seinem Amte. Dieser Vortrag wurde abgelehnt und die Neuwahl durch das Volk ausgeschrieben. Auf die offizielle Vorlagung lehnen die Nazis nicht den bisherigen Bürgermeister, sondern zwei ihnen genehme Gerichtshofener. Dr. Schöps aus Schwerin und Dr. S. Schneider aus Hagenow. Am Sonntag fand die Wahl statt. Sie

ergab zur Überraschung der Nazis dieses Bild: Dr. Schöps 522, S. Schneider 88, der bisherige Bürgermeister Bergmann 1082 21 Stimmen! Daneben wurden noch 184 Stimmen für einen Kommunisten und insgesamt 48 ungültige Stimmen gezählt.

Wahlsieg in Braunlage

Trotz Ministerhilfe unterliegt der Hitler-Kandidat

Braunschweig, 2. Mai. (Eigenbericht.)

Einem großen Wahlsieg erlangte die Sozialdemokratie bei der Bürgermeistereiwahl in dem Harzer Kurort Braunlage. Der bisherige Bürgermeister, Genosse Blösch, legte trotz wüster Agitation der Nazis mit einem Vorsprung von 120 Stimmen über den nationalsozialistischen Gegenkandidaten, dem in Salswedel habungsjüngeren Stadtbürgermeister Weiß. Dieser Sieg ist um so bedeutender, als für den Nazi-Kandidaten sogar der braunschweigische Ministerpräsident Dr. Rühenthal in öffentlicher Versammlung gewonnen hatte. Unsere Partei erlegte ihre Stimmen von 1000 auf 1200, während die Nazis gegenüber der Präfekturwahl um die gleiche Stimmenzahl zurückgingen. Ein NSD.-Spitzenkandidat vermochte dem großen Erfolg unserer Partei keinen Abbruch zu tun.

Nazifeuche vernichtet Lohn und Brot

Weimar, 2. Mai. (Eigenbericht.)

Die Nazifeuche bringt viele Thüringische Arbeiter und Geschäftskräfte um Lohn und Brot. Im Vorjahr wurden bereits verschiedene naziberseuchte Thüringische Wälder und Sommerfrischen von Erholungsbedürftigen gemieden; jetzt überträgt sich dieser Zustand auch auf die Industrie.

In Blankenburg, einer Entlaste des preußischen Kreises Siegenried, wird in der Hausindustrie die Weißwaren-Handweberei betrieben. Eine Dülfsdorfer Firma, die bisher von dort ihre Waren bezogen hat, schrieb kürzlich an ihre Lieferanten: „Bei Ihrer Sendung befindet sich ein Arbeitszettel, auf welchem sich der Vermerk „Heil Hitler“ befindet. Wir rügen Ihnen diesen Arbeitszettel bei, damit Sie feststellen können, wer sich von Ihren Kunden die Unerschämtheit uns gegenüber erlaubt hat. Wir werden die Kon-

sequenzen ziehen, denn wir sind nicht gewillt, Leute zu unterstützen, die eine derartige Bezeichnung hegen. Jegendwelche Entschuldigungen Ihrerseits ist vollkommen ungenützlich.“ Seitdem sind von der betreffenden Firma keine Arbeitsaufträge mehr erteilt worden.

Der naziberseuchten Großpapierfabrik Röhenthal an der Saale, Kreis Schleis in Thüringen, gehen in letzter Zeit ebenfalls immer weniger Aufträge zu. Große Firmen bestellen bei ihr nicht mehr. Auch der großen Lederfabrik in Hirschberg an der Saale sind in letzter Zeit mehrfach große Aufträge verlorengegangen, weil auf dem gelieferten Leder mit Nazis gezeichnete Hakenkreuze zu finden waren. Auslandsdirektoren verließen die Firma, ohne Aufträge zu erteilen, nachdem sie in dem Betrieb bemerkt, daß überall die Wände mit Hakenkreuzen beschriftet waren.

In diesen letzten großen Betrieben betreiben hauptsächlich die Angestellten Hakenkreuz-Propaganda.

Unter dem Vorhild des Polizeikommissars Kamppe fand Dienstag vormittag ein Polizeiprozess eine informative Preisbesprechung statt, die einen Einblick gewähren sollte, was auf dem Gebiete des zivilen Aufschusses bisher geschehen ist und in welcher Weise der Aufbruch in einem Einzelfalle noch weiter ausgebaut werden soll.

Am 1. Mai ist für das europäische Aufbruchsbewusstsein der Sommerfahrplan im Kraft strecken der Deutschen Luftfahrt als Sommerfahrplan auf den großen Durchgangsverbindungen in annehmbarer gleichem Umfang wie in dem Vorjahre durchzuführen.

Berufsprüfung 1932.

Vor einigen Tagen fanden an der staatlich-höflichen Landweiser Schule die Nachkandidatprüfungen für Werkmeister statt.

Obstbaukurse für Landwirte.

An der Obstbaulehr- und Versuchsanstalt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Neumagdeburg findet in der Zeit vom 18. bis 21. Mai ein Obstbaukurs für junge Landwirte und Gartenbesitzer statt.

Vollschulbildung.

Am Mittwoch, 20. Ubr, spricht in der Aula des Reform-Realgymnasiums Dr. Max Pexi über „2000 Jahre Ständestaat des Abendlandes.“

Wingst-Gesellschaft gründen!

Mit Rücksicht auf den zu erwartenden starken Wingstverkehr ist es erforderlich, daß die an den drei Hauptverkehrsstellen (14. bis 16. Mai) benötigten Gesellschaftsfahrer spätestens bis zum 10. Mai unter Bezeichnung des Wingstverkehrs nach Berlin im Zuge der Wingstfahrten teilnehmen bei dem Abgangsbahnhof oder bei der Reichsbahn direction angemeldet werden.

Gummi-Wärmflaschen, der beste Hausarzt, Gummi-Handschuhe für Wirtschaft u. Säue. Spezialabteilung Gummi- u. Siedler, Halle/Saale, St. Steinbr. und Seilbastei. (Käse Markt).

Ein toller Kerl Roman von Max Brand

Der Sheriff schüttelte die die Hand, die sie ihm entgegenstreckte. Sehr wohl identifizierte er sich in jener Hand nicht zu fühlen.

Während sie langsam weitertraten, sagte Frau Olivia pöfisch: „Wissen Sie, es ist kein ich nicht verheiratet. Daß er Sie nicht umgebracht hat, beweist es natürlich, aber daß er Ihr Pferd bei den Toren gelassen hat, ist mir einfach unfaßlich.“

Zwangsmanagiertes Kapitel.

Nachdem Frau Olivia sich von ihrem ersten Schreden erholt hatte, fing sie an das Gedächtnis systematisch abzurufen.

Welch die die Baumgasse hier, doch sie über das freie Gelände, das vor ihr lag konnte der Sheriff, der das Pferd vorantrieb, nicht sehen. Er sah nur den Boden des Weges.

Ein Brief zur Landtagswahl

Das „Voll der Dichter und Denker“ hat einen schicklichen Heber: Es dichtet viel, oder es denkt nicht. So dichtet es Dichter zu dem Arbeiter helfen zu können, zugleich aber auch dem Kapitalklassen Herr, vergibt ihnen ihre Verhältnisse!

Ich glaube, das deutsche Volk ist das Daniel und Grotel des Markens, die auch Dichter und Denker sind.

Ein Wählerleben, der unbeirrt durch das Trommelfeuer der Propaganda geht, wiegt Millionen mehr auf als das Meer der Nachbarn, deren Seele sich dreht, wie die Wetterfahne auf dem Baum.

Das reiche Städtchen

Es stimmt, was das „Volksblatt“ in seiner Sonabendnummer schrieb, nämlich, daß das Baden zu teuer ist. Ist es an sich schon bedauerlich, daß nicht jeder Mensch sein Bad in der Wohnung haben kann, so ist es noch bedauerlicher, wenn das Baden durch hohe Preise unmöglich ist.

Besserung der Strafvereinigung

„Denke mich“, so kann man es auf den Papierföhrchen, die an fast allen Strafverfahren angebracht sind. Leider ist es heute noch nicht selbstverständlich, daß man sie auch benutzt, viel zu viel werden sie fälschlich noch vernachlässigt.

Antipathie gegen Zersplitterung

Im Grundbesitz begehrten 46 Jäger der Ingenieur Schule, früheres Vorstandsmittelglied der D.C.R., in seinem eher im Auftrage des Akademischen Rates, dessen Vorsitzender sein Sohn ist, ein Posthaus einzurichten.

Die beim Postbediensteten Arbeiter wurde, aber die Kronenlos angeordnet. Das Herr Zersplitterung, läßt dafür jeder täglich 10 Stunden und länger arbeiten. Als ein Organisationsdirektor sich darüber informieren wollte, verweigerte der Herr Minister jede Auskunft.

Seitenverkehr im Dritten Reich

An der Weidenstraße unterhalb der Rosinmühl Ecke ein Mühlgehöft. Als kürzlich einige Mutter gefordert war, fuhr er die Weide in dem Auto, in dem sonst die Milch angeschoben wird, selbst nach dem Grundbesitz.

Regelrundes Lob.

Ein trautes Ende nahm gestern abend der Regelrunden auf einer hübschen Regelrunde. Ein Teilnehmer, der sich vielleicht etwas überanstrengt hatte, laut pöflich bemerkt um.

Wahlhilfe im Glöckchen Grund.

Macht im heutigen Angelegenheit auf die fünfzigsten Jugendverbindungen noch Besondere aufmerksamkeit. 50 Prozent Angehörige ermäßigung.

Genosseninnen und Genossen, kauft nur in den Geschäften, die bei uns inserieren!

Wegel in die Hand zu bekommen. So, jetzt würde sie sich wieder fügen und in gleichmäßigem, starken Trab tritt sie weiter.

Die konnte sogar bereits ruhig nachdenken. Zweifellos, sagte sie sich, würde ich Betro sein, wenn ich mich nicht zu empfinden empfangen. Dann würde er wohl nach der Höhe gehen, um nach dem Sheriff zu sehen, ihn nicht mehr finden, seinen Herrn diese unersetzliche Nachhilfe bringen und — was würde dann geschehen?

Nur eine Hoffnung blieb, das war nämlich Wegel nicht so schnell gefahren die Weiden in die Hand zu bekommen. Dann konnte vielleicht der Sheriff noch vor ihm zurück sein und die Sache mit Hilfe des Geflezes erledigen, ehe es zu spät war.

Merkwürdigerweise empfand sie nicht die unheimliche Müdigkeit. Im Gegenteil, sie fühlte sich unheimlich kräftig und der Aufgabe, die vor ihr lag, durchaus gewachsen.

Als sie im Jemenhof betrat, begegnete ihr Don Felipe, der, blau und rote Blumen in der Hand, gemächlich auf und ab schlenberte und offenbar auf der Suche nach einer geeigneten dritten Person war.

Sie ließ ihn stehen, aber sie fühlte, daß seine Augen ihr folgten, bis sie im Hause zurückgewandt war.

An dem offenliegenden Arbeitsplatz ihres Mannes wollte sie sich nach vordrücken, doch er blickte gerade vor seinem, mit Zeichnungen und Entwürfen bedeckten Tisch auf und rief sie herein.

„Obja“, sagte er, „ich habe eine noch glänzendere Idee gehabt, den glücklichen Entwurf meines Lebens.“

Seine Miene verriet direkt Mitleid mit ihrer Phantasielosigkeit und seine Stimme hatte etwas unendlich Überlegenem, als es herauskam.

Wie Halle-Merseburg wählte

Das endgültige Wahlergebnis festgestellt

Das amtliche Endergebnis der Landtagswahl für den Wahlkreis 11 wurde gestern nachmittag im Sitzungssaal des Bezirksauschusses der Regierung Merseburg wie folgt festgestellt:

	Stimmenzahl	Abgeordnete
1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands	155 748	8
2. Deutsche Bauernpartei	65 339	1
3. Deutsche Zentrumspartei	11 288	—
4. Kommunistische Partei Deutschlands	180 734	3
5. Deutsche Volkspartei	16 602	—
6a. Volkrechtspartei	2 343	—
6b. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Vorkriegspartei) e. V.	8 658	—
6c. Deutsches Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei)	9 691	—
6d. Nat. Front Deutscher Stände, Junge Rechte	1 375	—
7. Deutsche Staatspartei	13 509	—
8. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	344 349	6
8a. Sozialistische, Bau- und Grundbesitzer	6 626	—

9. Großdeutsche Liste Schmeltz	1 332	—
14. Christlich-Sozialer Volksdienst	3 356	—
18. Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands	2 845	—
19. Polnische Volkspartei	211	—
20. Deutsche Einheitspartei für soziale Volkswirtschaft, Sozialistische Bewegung Deutschlands	213	—

Es sind also nur unwesentliche Änderungen eingetreten. Sämtliche Rekrutierungen der Kreiswahlvorläufer wurden dem Landeswahlleiter überwiesen. Die Feststellung der Wahlen wird außerordentlich beschleunigt, um noch vor dem Zusammentritt des Landtages ein einwandfreies Bild zu bekommen.

Bekanntlich ist eine Änderung in der Benennung der Landtagsabgeordneten infolge eingetreten, als diese nicht mehr wie bisher beim Ausscheiden eines Bewerbera automatisch nachrückten, sondern ausdrücklich von den Parteien dem Landeswahlleiter benannt werden müssen.

15 Prozent Lohnabbau im Baugewerbe Sachsen-Anhalt

(M.B.) Magdeburg, 3. Mai.

Im Vorhinein des Baugewerbes für das Tarifgebiet Sachsen-Anhalt wurde gestern durch den Reichsarbeitsminister bestellten Schlichter Amtsratspräsident Hildtstein (Hannover) ein Schiedspruch gefällt, der einen Lohnabbau von 15 Prozent in der Spalte vorsieht. Die Stundenlöhne werden dadurch von 1,05 auf 0,89 M. gesenkt. In den anderen Ortsklassen beträgt die Lohnabbau den jeweiligen Lohnklassen entsprechend noch einige Prozent mehr.

wenn er offiziell Städte besucht, die Standorte von Garnisonen sind. Die Liste schließt auf einen Ehrensalut von 20 Kanonenschüssen ein, die bei seinem Eintreffen und seiner Abreise abgefeuert werden müssen. Von der Regel ist nur die Stadt Rom ausgenommen. Weitere Ehrenbegleitungen sind: eine Abteilung mit Mäusen und Trommlerkorps, Abordnungen der höheren Militär- und Zivilbehörden und Stellung von Truppen zur Spalierbildung von dem Ort der Ankunft bis zum Palast, in dem er Quartier bezieht. Eine Eskorte, bestehend aus einem Hauptmann und mindestens vier Soldaten der berittenen Militärpolizei, hat den Zuge zu begleiten. So oft er seine Wohnung verläßt, und eine Abteilung Soldaten wird während der ganzen Zeit seines Aufenthaltes die Wache vor seinem Gemächern besetzen. Alle militärischen Gebäude haben die Nationalflagge zu hissen.

Sozialistischer Stimmenzuwachs in Frankreich

Außer den 605 bisher bekannten Ergebnissen von den französischen Kommunalwahlen sind jetzt vier weitere aus Kolonialgebieten errechnet worden. In Martinique haben die Sozialisten das Mandat, das bisher der Abgeordnete Frohard inne hatte, behauptet. Es fehlen jetzt nur noch die beiden Wahlkreise der Kolonie Guadeloupe. Bisher sind 252 Abgeordnete gewählt, während in 357 Wahlkreisen Entscheidungen ausstehen müssen. In Frankreich und Algerien haben nach einer Statistik des "Greffier" rund 9 1/2 Millionen Wähler abgestimmt und rund 1,9 Millionen sich der Stimme enthalten.

Von den 9 1/2 Millionen haben 1,950 Millionen für die sozialistischen Kandidaten gestimmt, während 1928 1,7 Millionen sozialistische Wähler zu berechnen waren. Die Sozialisten haben also 250 000 Stimmen gewonnen. Die Kommunisten haben dagegen rund 350 000 Stimmen verloren.

Ein Dorf wählte nicht

Ein ganzes Dorf in der Nähe von Bergpanja hat sich geweigert, an den französischen Wahlen teilzunehmen. Es handelt sich um die kleine, hoch in den Bergen gelegene Ortschaft Mantet, die infolge fehlens von Straßen keine Verbindung mit anderen Ortschaften besitzt. Als Protest gegen diese Lage haben die Dorfbewohner sich geweigert, an den Wahlen teilzunehmen, so daß die Bildung eines Wahlzuges überflüssig war.

Das ist Adolfs höchste Sehnsucht

Militärische Ehrenbezeugungen für den Duce.

Mussolini hat eine vollständige Liste der militärischen Ehrenbezeugungen ausgearbeitet, die ihm erwiesen werden müssen.

Ein problematisches Zeitstück

Kolbenheuer-Erfassung im Stadttheater.

Vom Büro des Stadttheaters wird uns geschrieben: Morgen, Mittwoch, geht unter der Regie von Fritz Henkel als Erfassung Kolbenheuers Schauspiel „Ist es ein Mann“ in Szene. Dieses Schauspiel spielt mitten in dieser Zeit und mitten unter uns. Dr. Wengert, ein Gemühter der Allgemeinen Stadtloft-Altenhilfe, hat eine neue Erfindung gemacht, die die Arbeit der Kohle, des Deils, des Benzins ersetzt. Er hat zugleich eine neue Maschine erfunden. Die Direktion des Betriebes will, da es sich um die Erfindung eines ihrer Angestellten handelt, die Rechte dieser Erfindung und den wahrscheinlich unvermeidlichen Gewinn sich sichern. Aber es steht zu fürchten, daß diese Erfindung in die Hände aller gerät und eine Umwälzung des ganzen Wirtschaftsgeschehens mit sich bringt. Auch die Arbeiter fürchten diese Erfindung, die für die neue Arbeit, neue Entlassungen, neue Arbeitslosigkeit bringen wird. Sie wollen selbst diese Erfindung kontrollieren; in anderem Sinne als die Altenhilfe, die will das Arbeiteramt nicht gegen diese Erfindung. Doch Dr. Wengert, der nicht daran denkt, eigenen Nutzen aus dieser Erfindung zu ziehen, utopischer Idealist von bescheiden Größe, will weder der einen Partei noch der anderen dienen. Er scheidet sich unter dem Geleß des Lebens, scheidet sich für das Leben verantwortlich und will nur dem Leben seine Erfindung übergeben. Einmal muß, so glaubt er, daß große Ideen alle Menschen, mag auch der Weg dazu noch gering sein, davon Gewinn tragen lassen; denn „weil wir die Natur bewundern müssen, haben wir das Geschenk der Natur nicht mehr“.

Die erprobte Natur gibt nur das Werkstoff, und auf Arbeit ist der Wunderkraft. Wir wollen einander den Besitz der Kraftquellen, jeder will die Beherrschung, um sie dem anderen zu verdrängen. Heißt der Reich „Kraftstempel“, heißt er „Wirtschaftstempel“, ist die Arbeiterkraft verloren. Das ist unsere Not, das ist der drohende Niedergang. Wir müssen unter befehltes Menschenumtand wieder gewinnen, und das vermag der reine Wille nicht allein, das können wir nur durch das Geschenk der Natur, das wir verloren haben. Ein solches Geschenk der Natur ist für den Dr. Wengert seine Er-

R.G.D. als Pfeiler der Kapitalisten!

„Wir sind diejenigen, welche allein den Kampf in den Betrieben zum Wohle der Arbeiterklasse führen!“ So und ähnlich prahlt sich die R.G.D. in den kommunistischen Tageszeitungen an. Immer und immer wieder zeigt aber die Praxis, welche überwältigende Rolle die R.G.D. spielt und wie unfähig sie tatsächlich ist.

Zur Illustration: Im Vorjahr Braunkohlengebiet hat die Deutsche Erdöl-W.G. eine Anzahl bedeutender Braunkohlengruben. In einer dieser Gruben (Sora und Helene) war der Genosse Paul Hille langjähriger Betriebsratsmitglied. Alle Versuche der Werkleitung, ihn loszuwerden, scheiterten bisher an der Einmütigkeit und Geschlossenheit der Belegschaft, die fast reiflos im Deutschen Bergbau-Industriearbeiterverband organisiert war. Im Vereine wurde man ihm wohl los, aber man mußte ihm fast zwei Jahre lang wöchentlich seinen Lohn zahlen.

Kunmehr ist es der Direktion gelungen, den Genossen loszuwerden, und zwar mit Hilfe des R.G.D. Betriebsratsmitgliedens Tod (Großzügigen).

Wie ist das möglich? Bei den letzten Betriebsratwahlen im Frühjahr 1931 trat die R.G.D. mit einem eigenen Vorschlag auf: in einer Zeit, da die Werkleitung infolge der wirtschaftlichen Depression die Kumpels unter schwerstem Druck hielt, damit sie der Werksgemeinschaft beitreten sollten. Gewerkschafter, die sich nicht fügten, verloren bei der ersten besten Gelegenheit ihren Posten und mußten klemmen gehen. Ein eifriger Helfer der „Gelsen-

Harry Liebke ist erkrankt.

Spielplanänderung im Stadttheater.

Harry Liebke hat sein Gastspiel im Stadttheater, das für Donnerstag angekündigt war, wegen Erkrankung abgeben müssen. Am Samstag darauf ist die Intendanz zu einer Spielplanänderung gezwungen. Es geht am Donnerstag an Stelle des Suffizien von Szenennummer 17 „Herrmann und Frau“ in der Unterwelt“ mit Ellen Wagner, Emil Fridard, Marion Kaufmann, Paul Gerl, Max Stojewski in Szene.

Die getrockneten Pflanzen brechen sich den Weg durch den härtesten Boden, durch Feuertünge. So auch die Gite. Wieder stellt sich der Hammer, welcher Mauerwerker kann sich mit der Kraft eines guten, aufrichtigen Menschen messen? Nichts kann ihm Widerstand leisten. Thoteau.

Der Forderstuhl für Schuldner

In einer Ausstellung in Washington ist gegenwärtig eine Lebenswirklichkeit ausgeführt, bei deren Anblick viele Besucher ein gelindes Grinsen befällt. Es ist der sogenannte „Schuldenstuhlgang“, ein prächtiger Armstuhl mit reicher Holzschmuck, der aussieht wie ein Thron, in Wirklichkeit aber vor dreiundsiebzig Jahren eine anderen Bestimmung diente. Könnte nämlich jemand seine Schulden nicht bezahlen, so wurde er gezwungen, sich auf den Stuhl zu setzen; sobald er aber saß, wurden plötzlich seine Gliedmaßen von eisernen Klammern erfasst und festgehalten, so daß er sich nicht rühren konnte. Dann durften seine Gläubiger kommen und ihren Vorrat an ihm auslaugen, das heißt, ihn mit Wasser begießen oder ein paar Steine nach ihm werfen.

Im Flugzeug über die Vulkanen der Anden

Auf die Nachricht, daß die Vulkanen der Andenfläche in Tätigkeit geraten seien, iteg Kapitän Wooten, der Luftfahrtdirektor der Vereinigten Staaten in Chile, bei Santiago aus, um die Gefahrenzone zu überprüfen. Wie er später berichtete, waren die atmosphärischen Bedingungen während des Fluges bis nach Paracuano normal. Dort aber war die Luft bereits mit Asche durchsetzt, und die Dichte dieser Asche nahm auf dem Flug nach Süden beständig zu. In der Nähe des Vulkanes San Aguirre, der in dieser Zeit unartig war, herrschte solche Dunkelheit, daß der Pilot die Zeichen der Registrierapparate nicht mehr erkennen konnte. Wegen der Richtung des Windes und der Schwirrigkeiten der Atmung in dieser mit Asche durchsetzten Luft sah sich Wooten genötigt, nach Westen abzubiegen, um sich aus der gefährlichen Zone zu entfernen. Er konnte schließlich in 4600 Meter Höhe den Gipfel des Ruizapuero überfliegen, dessen Krater 3900 Meter hoch liegt. Nach der Schätzung des Piloten erreichte die Dampfzelle des Kraters eine Höhe von 1500 Metern über dem Meeresspiegel, aus dem in kurzen Abständen Flammen und Lava herausgeschleudert wurden. Wooten erklärte, daß zu der Zeit, als sich der Vulkan in voller Tätigkeit befand, die Dampfzelle eine Höhe von 10 000 Metern erreicht haben mußte.

Ein ehemaliger kommunistischer Parteiführer als Pfeiler der Kapitalisten!

Er war es gewesen, bei den Zeiten von 1919 bis 1923 die Vergewaltiger zu allen möglichen Spielereien aufhoben, und er selbst zwingt damals seiner jetzigen „Bestimmungsgewissen“, den Bergdirektor Gebhardt, anlässlich einer Demonstration die rote Fahne zu tragen.

Die Folge all dieser Revolutionsspielereien ist das Ergebnis der letzten Arbeiterratswahl. Es wurden gewählt 5 Gelbe, 4 Freigeistliche und der R.G.D.-Mann Tod. Bald nach dieser Wahl wurde von der Werkleitung der Antrag gestellt, der Arbeiterrat solle die Zustimmung zur Entlassung Silles geben. Sille ist Vorsitzender des Arbeiterrates. Er unterließ es, für den verhinderten Sille einen Ergänzmann zu wählen, und die gelbe Zufallsmehrheit gab die Zustimmung. Die Werkleitung fragte und die letzte Instanz (Reichsarbeitsgericht) erklärte die Zustimmung für rechtsunwirksam. Sille bekam Mitte Januar seinen Lohn nachgezahlt.

Wer jetzt kommt der Verrat der R.G.D. Raum hatte die Werkleitung das Urteil in Händen, wurde erneut der Antrag gestellt. Sille war diesmal vororthigt. Er ließ den Ergänzmann für den verhinderten Sille an der Sitzung teilnehmen, und trotzdem wurde dem Antrag stattgegeben.

Der R.G.D.-Mann Tod enthielt sich der Stimme. Die Kumpels sind über diesen Verrat bis in die Reichen der gezwungenen Gelben hinein empört. So hebt die praktische revolutionäre Gewerkschaftsarbeit der R.G.D. aus.

Frischer Sprach-Nationalismus

Vom Alphabeten zum Schriftsteller und Sprachreformator.

Erst am 20. November ist der Name eines trüben Fröher, der im 60. Lebensjahr die Kunde des Lebens und Schreibens erlernte, keine spät erworbene Wissenschaft aber im nützlichen Anwendungsmusik, daß der heute zwanzigjährige einwandlungs- und Lebensenergieverderben kann. Das Buch ist in fünfjähriger Sprache geschrieben, der im Frühling erschienen, jetzt wieder neu belebten Wundart der Ironie klüßlichen Wutes, die nur noch von etwa 15 Prozent der Ironie gesprochen und verstanden wird. Der Fröher mußte sich dieses Dialektes bedienen, weil er zu den wenigen Ironie gehört, die nur der lokalen Wundart, nicht aber des Englischen mächtig sind. Das Buch hat in Irland einen ungeheuren Erfolg und wird demnächst in englischer Uebersetzung erscheinen. Der Verfasser hat sein ganzes Leben auf einer kleinen und entlegenen Insel verbracht, und seine Arbeit ist mit Unterstützung des trüben Meinertums des öffentlichen Unterrichts erschienen. Von dem Wunsch befreit, seinen Landsleuten die abenteuerliche Geschichte seines Lebens zu erzählen, machte sich der alte Fröher daran, Lesen und Schreiben zu lernen. Bei dem Studium sah er sich aber der Unmöglichkeit gegenüber, die Spitzfindigkeit seiner schwämmigen Mutterzunge zu verlassen, hier entflohen jeder er sich desfalls seine eigene Rechtschreibung auf Grund des phonetischen Einwand, daß er schrieb die Worte, wie er sie hörte. Diese Rechtschreibung hatte einen solchen Erfolg, daß das Unterrichtsministerium das nicht unberührt läßt, um dem Aussterben der gälischen Sprache entgegen zu wirken, auf Rat der besten Kenner sich zur offiziellen Herausgabe des Buches entschloß, in der Uebersetzung, daß eine solche Arbeit einen erheblichen Einfluß auf die Entwicklung der irischen Nationalliteratur ausüben werde. So wurde der alte Fröher unweil zum Reformator der gälischen Rechtschreibung und zum Vater einer neuen Sprachschule. Wie er Verkehrsregeln mitteilte, hatte er in seiner Jugend nur desfalls nicht lesen gelernt, weil auf der Insel, auf der er fast 60 Jahre seines Lebens verbrachte, keine Schule vorhanden war. Sein Lehrer hatte sich je entzündlich können, in dieser vollkommenen Einseitigkeit zu leben.

Ein ganz gefährlicher Mensch

In einem Abend im April — die Büsche hatte Knopfen angelegt — lag in den Wallanlagen ein Mann auf einer Bank, ein schlammiges Individuum, ein ganz gefährlicher Mensch...

"Was machst du hier?" fuhr der Politzist den Kerl an. Der war ganz klein geworden und gab sich Mühe, zu verwehren, daß er etwas unter der Jacke hielt...

Ein schwacher Kopf

"Der Werni heißt unten... er will nicht heraufkommen", berichten die Kinder atemlos der Kindergartenleiterin...

mal, wie das King, wenn ich antipfele? — Da ist nichts kaputt, alles in Ordnung. Das ist ein schöner, feiner Schädel...

Luxus oder Notwendigkeit

Die Sinnlosigkeit der Wohnungskultur war in den Jahren vor dem Kriege zu einer Barbarei ausgeartet. Das "schöne Heim" war zur Fassade geworden...

wenig, arbeitet still vor sich hin, entfaltet wenig Initiative. Er ist auch nicht sonderlich geädert. Der Ausdruck seines Gesichtsausdrucks...

Tiere, Menschen und Götter

Die im Tierpark Stellingen untergebrachten Tiere sollten im vorigen Jahre auch einmal Sommerurlaub haben und es wurde eine Liste angelegt...

Nazi-Arbeitgeber — üble Zeitgenossen!

Seht euch die NSDAP. an

Die Nazi-Arbeitgeber sind besonders üble Zeitgenossen. Sie reden fortwährend von „Volksgemeinschaft“ und „nationaler Schicksalsverbundenheit der Arbeiter und Arbeitgeber“. Wenn es sich aber um das Geldbeutel handelt, dann unterwerfen sie sich als geschlossene Feinde der Arbeiter.

Im Kreis Bären in Schlesien fand, wie dem Deutschen Arbeiterverband berichtet wird, vor Kurzem eine Versammlung der landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände statt. An dieser Versammlung beteiligte sich auch eine große Zahl landwirtschaftlicher Nazi-Arbeitgeber. Diese Herren stellten den Antrag, den landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband aufzulösen. Der Versammlungsleiter erwiderte die Antragsteller, ihre Forderung zu begründen. Daraufhin erklärten die Nazi-Arbeitgeber, sie seien darüber entrüstet, daß es

dem Arbeitgeberverband nicht gelungen sei, die Löhne der Landarbeiter über die in der Dritten Rotterordnung vom 8. Dezember 1931 festgesetzte Grenze hinaus abzubauen.

Sand auf, Sand ab freisetzt das verlogene Rasipad, ihr erstes nach der Arbeiterregulierung wäre die Abänderung der Rotterordnung. Anfanglich hat es den aufgeregten Rodolfsen sogar die sofortige Abschaffung der Rotterordnungen versprochen. Kurz vor der Präsidentenwahl hat es dann Siller mit der Angst bekommen, und vor den Auslandsjournalisten erklärte er damals diplomatisch, er könnte natürlich nicht sofort alle Rotterordnungen beseitigen. Jetzt erfährt man von den Nazi-Arbeitgebern, daß sie die Rotterordnungen nicht nur nicht beseitigen, sondern sogar noch verschärft wissen wollen. Der durch Rotterordnung erzwungene Lohnabbau genügt ihnen nicht.

Und dieser Schwindlerpartei sind Arbeiter bei den letzten Wahlen ins Garn gelassen! Man sollte es nicht für möglich halten.

Siedlungspläne des Reiches

Im Reichsarbeitsministerium wird zur Zeit ein großer Siedlungsplan vorbereitet, nach dem noch in diesem Jahre, insbesondere im Osten, etwa 40 000 bis 50 000 Volkswaarenstellen geschaffen werden sollen. Auf diese Weise hofft man etwa 160 000 Menschen unterbringen zu können. Der Durchführung dieses Projektes soll ein Teil der geplanten Vorkriegsanleihe dienen.

25 Jahre Wannseebad

Das weltbekannte Strandbad Wannsee bei Berlin feierte am 1. Mai fünfundsiebzigjährigen Jubiläum. Vorher war das Baden im Wannsee „ausdrücklich streng verboten“. An den ersten Jahren seines Bestehens war das Bad verpöndelt; 1920 ging es mit der Schaffung von Groß-Berlin in den Besitz der Stadt über. Die Besucherzahl des Bades belief sich 1924 auf 350 000, im Jahre 1931 auf weit über eine Million. Diese Besuchszifferung ist vor allem auf den unter Leitung des populären Strandbadleiters „Loter Claus“ erfolgten architektonischen und hygienischen Ausbau der jetzt in jeder Hinsicht vollendeten Anlage zurückzuführen.

Verband sozialer Baubetriebe

Die Beschäftigtenstatistik des Verbandes sozialer Baubetriebe für den Monat Februar 1932 weist 3558 beschäftigte Arbeiter und Angestellte und gegenüber 7050 Beschäftigte im Februar 1931. Die gesamte Lohnsumme betrug im Februar 1932 = 443 835 RM gegenüber 1 287 980,51 RM. Das bedeutet für den Monat Februar eine Schwächung der Kaufkraft um dieser Stelle um 844 795,51 RM. Auch die Geschäftsergebnisse der Baubetriebe zeigen das gleiche Bild, das weiter durch die Konkurrenz zahlreicher großer Bauunternehmungen bestätigt wird.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 2. Mai

Stimmung wieder fest

Die Stimmung an der heutigen Berliner Rohstoffbörse war wieder recht fest. Das Angebot an vorräumigen Rohstoffen ist geringer geworden, und die Käufer sind zahlreicher geworden, so daß die Preise für effektive Ware erneut um 2 Mark gestiegen. Auch Roggen war knapp. Selbst die in der vorigen Woche noch hart vorangetriebene Weizenfrage ist eingeebnet worden, so daß auch hier bei guter Kaufkraft der Rohstoff nur schwer zu bekommen war. Gleichwohl liegt man bei der Notierung die Preise für gemalter Roggen unverändert. Im Märkte der Getreidebörse wurden die Weizenpreise um etwa 3 Mark, die Roggenpreise um etwa 0,50 Mark erhöht.

	31. April (ab mittliche Station in Weizen)	2. Mai
Weizen	198-200	198-200
Roggen	188-194	187-194
Weizenmehl	172-188	172-188
Roggenmehl	161-166	162-167
Gerst	25,00-27,00	25,00-27,00
Wegweizen	11,00-11,50	11,00-11,50
Reis	10,00-10,50	9,90-10,25

Berliner Viehmarkt

Notierungen, Schmalz: a) über 300 Pfund 41 (-), b) 240-300 Pfund 41 (7-8), c) 200-240 Pfund 39-40 (8-9), d) 160-200 Pfund 37-39 (8-9), e) 120-160 Pfund 34-35 (8-9), f) 80-120 Pfund 32-33 (8-9), g) 40-80 Pfund 30-31 (8-9), h) 20-40 Pfund 28-29 (8-9), i) 10-20 Pfund 26-27 (8-9), j) 5-10 Pfund 24-25 (8-9), k) 2-5 Pfund 22-23 (8-9), l) 1-2 Pfund 20-21 (8-9).

Sensationsprozeß in Bukarest

Der Fall Patac

Ein hoher Beamter als Kinderkinder

Bukarest, Ende April. (Eigenbericht)

Im Czernowit ist nach wochenlangen Verhandlungen ein in der Bukowina und darüber hinaus in ganz Rumänien weitbekannter Sensationsprozeß zu Ende gegangen. Der angeklagte Regierungsbeamte Patac wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, während die mitangeklagte Frau Sianz ein Jahr Gefängnis erhielt.

Das Schicksal des Hauptangeklagten, der eine hohe Funktion im Bukowiner Oberpräsidium bekleidete, war nicht leicht. Guido Patac hat im Laufe einiger Jahre 22 Wädchen im Alter von 8 bis 14 Jahren an sich zu locken gesucht. Sieben hat er Gemahl angehen und befristet. Die übrigen hat er durch Drohungen und Verpersönungen dazu veranlaßt, ihn bei allen möglichen legal-pervertierten Dingen zu unterstützen. Die meisten der verführten Wädchen, Schülern eines Waisenhauses, haben zitternd und mit verzerrtem Gesichtsausdruck zur Zeugenschaft.

Der Gerichtsfall war zu jeder Verhandlung bis auf den letzten Pfad gestellt. Der Antrag der Sensationsjägerinnen war groß, noch größer aber war die Enttäuschung, wenn es „interimistisch“ zu werden versprach und der Gerichtspräsident den Ausschlag der Definitivität anordnete. Woher auch das, was in öffentlicher Sitzung aus Lippen kam, war „sensational“ und erlösend genug.

Mit gedrehter feuchter Raffinerie wird der Wüstling Patac zu Werte gesungen. Um die kleinen unschuldigen Opfer leichter in seine Fänge zu bekommen, hatte er in seiner Beamtenlebensweise die Reinheit Marie Sianz als sogenannte Hofstättenspielerin, in Wirklichkeit aber als Ruppelrin bekleidet. Dieses Frauensimmer erlebte sich ihrer „paradoxen“ Aufgabe mit großem Geschick. Einigen Kindern verschaffte sie tatsächliche Unterhaltungen, was ihr die volle Vertrauen der Leitung des Waisenhauses eintrug und ihr die höchste Handwert sehr erleichterte.

Es führte dem Wüstling Patac, dem angeklagte die Verteilung der Unterhaltungen oblag, immer wieder neue Opfer zu, meistens arme elterliche Geschöpfe, die sich bald leichter, bald schwerer, für Geschenke oder auch nach Einschüchterungen, mißbrauchen ließen. Schließlich brachte die schwere Erkrankung eines der verführten Kinder das ungeheuerliche Treiben des Patac und seiner Gehilfin ans Tageslicht.

Vor Gericht versuchte der Angeklagte Kraftmilde Umstände für sich u. a. mit der Behauptung geltend zu machen, daß er starker Alkoholiker sei und seine Taten infolge des genossenen Alkohols in einem Zustande heftiger Ueberreiztheit begangen habe. Ein Heilteilsturm durchdrang die lauffeille Stelle im Gerichtssaal, als der Staatsanwalt den Ausführungen Patacs entgegenstellte, daß er bis zum Tage seiner Verhaftung Rorkheben der Czernowitzer antisozialistischen Liga gewesen und einmal sogar als rumänischer Delegierter zu einem internationalen antisozialistischen Kongress entsandt worden sei. Patac habe zwar hin und wieder Alkohol konsumiert, doch niemals in größeren Mengen. Ein anderer Einwand des Angeklagten und seiner Verteidigung, daß er in pflichtmäßiger Hinsicht erlich belastet sei, verfiel schon mehr. Er wurde festgestellt, daß der Vater und Großvater des Patac Erster waren und der Großvater im Arrenbus gefahren ist. Die Meinungen der ärztlichen Sachverständigen gingen auseinander; es kam zu heftigen persönlichen Ausfällen. Schließlich kam man überein, daß Patac für seine Handlungen voll verantwortlich zu machen war. Er erhielt die oben mitgeteilte Strafe.

Im Büro erschossen

Selbstmord eines Rechtsanwaltes und eines Oberregierungsrates

Aus Berlin wird gemeldet: Im Sonnabend hat sich, wie erst jetzt bekannt wird, der Oberregierungsrat Dr. jur. und phil. von Willenhal in seinem Büro im Bundesfinanzamt in Moskau erschossen. Im Zimmer des Beamten erlöste kurz nach Mitternacht ein Schuß, und als Angefallene hinzukamen, fanden sie Dr. Willenhal in einer Kugel in die Schläfe getroffen. Die Gründe zur Tat sind noch völlig ungeklärt.

Auf die gleiche Weise nahm sich der Rechtsanwalt Dr. Sotolowski-Mirels das Leben. Am Sonntag mittag fuhr Dr. S. in sein Büro nach der Seydlitzstraße. Seinen Angehörigen erzählte er, daß er noch bringende Angelegenheiten zu erledigen habe. Als der Anwalt nicht in die Wohnung zurückkehrte, forschten die Angehörigen im Büro nach und dort machten sie die furchtbare Entdeckung, daß sich Sotolowski erschossen hatte. Da finanzielle Schwierigkeiten nicht vorliegen, ist das Motiv zur Tat noch in Dunkel gehüllt.

Hessen duldet keine Nazibeamt

Darmstadt, 2. Mai. (Eigenbericht)

Am Verlauf einer Rede zum 1. Mai erklärte der hessische Innenminister Weidner, daß er im hessischen Beamtentörper nicht länger Leute dulden werde, die gegen die Demokratie und ihren eigenen Eid handeln. Derartige Beamte könnten nicht länger Rotgänger des Staates sein.

Frankreich feiert Goethe

Eine Rede des Universitätsrektors

Paris, 2. Mai. (Eigenbericht)

Die Pariser Universität ehrte das Gedächtnis Goethes durch einen feierlichen Festakt, dem der Präsident der Republik beiwohnte. An der Seite des Präsidenten sahen der deutsche Botschafter von Hoefel, der am Vormittag aus Basel zurückgekehrt war und der Rektor der Universität, Professor Charrier. Der große Hörsaal der Universität mit seinen zahlreichen Galerien war bis auf den letzten Platz besetzt. Fast sämtliche Professoren der philosophischen Fakultät waren anwesend. Der Rektor der Universität hielt eine Ansprache, in der er u. a. ausführt:

„Den Ehrungen, die von allen Seiten der zivilisierten Welt dem hundertjährigen Schicksal Goethes dargebracht werden, fügt die Pariser Universität ihr treues und aufrechtes Gedenken hinzu. Ich weiß nicht, ob es zutrifft, daß sich Teile der deutschen Jugend von Goethe losgerissen. Wenn das Unglück der Zeiten wollte, was sicherlich unmöglich ist, daß die Erinnerung an Goethe in den Hintergrund gedrängt wird, würde ihm Frankreich ein Pfund gewähren, in dem er die Revanche der Zukunft abwarten könnte. Der Preis, dessen Tod ein so großes Licht vom Erdschein gebracht hat, lebte von der Idee erfüllt, daß die Menschheit darauf hingiele, ein harmonisches Ganzes zu werden. Das war eine vorzeitige Hoffnung an der Schwelle des vorigen Jahrhunderts, das, wenn auch nicht in seinen Dingen, so doch in seinen Taten, ganz von heiligem Egoismus erfüllt war. Wenn das Goethe'sche Jahrhundert geboren werden soll, so ist das vielleicht eine Vorkennzeichen, von der unsere Zeit bis dahin bestehen werden wird... Goethe sagte im Jahre 1817 nach dem napoleonischen Sturz, daß sein Geleit mehr zwischen Deutschen und Franzosen entstehen dürfte. Die Pariser Universität hat diese Hoffung Goethes in seiner Weise eingeleitet.“

Hilfe für die Jugendlichen!

Nicht nur Arbeit, sondern auch Verdienst

Für die Beschäftigung der Jugendlichen sind, vor allem im Rahmen des freimittlichen Arbeitsdienstes, große Dinge geplant. Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit und des sozialkulturellen Wertes dieser Beschäftigung muß jedoch darauf aufmerksam gemacht werden, daß die jüngeren Erwerbslosen nicht nur auf Beschäftigung, sondern auch — und zwar in erster Linie — auf Erwerbsarbeit warten. Der freimittliche Arbeitsdienst bringt Beschäftigung. Verdienstmöglichkeiten sind jedoch, jedenfalls für einen starken Prozentsatz der jüngeren Erwerbslosen, mindestens ebenso wichtig. Der Jugendleiter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Walter Machse, macht darauf in dem eben erschienenen Aprilheft der „Arbeit“, der Monatschrift des ADGB, in einem Aufsatz „Jugend ohne Beschäftigung und ohne Verdienstmöglichkeiten“ mit besonderem Nachdruck aufmerksam. Er fordert eine stärkere arbeitsmarktpolitische Beschäftigung der Jugend.

Die jüngeren Jahrgänge der Arbeiter, die für Mafschale aus, sind unerwartetermaßen besonders stark von der Arbeitslosigkeit betroffen. Bei einzelnen Berufen läßt sich das einwandfrei feststellen. Unter den Arbeitern der Reichsbahn ist z. B. der Anteil der Jahrgänge zwischen 18 und 24 Jahren an der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter in der Zeit vom 31. Dezember 1925 bis zum 31. Dezember 1930 von 9,82 Proz. auf 6,27 Proz. zurückgegangen. Bei den 25 bis 30 Jahre alten Arbeitern verringerte sich das Verhältnis von 22,15 auf 14,80 Proz.

und bei den 31 bis 35jährigen sogar von 20,45 auf 10,03 Proz. Eine entsprechende Zunahme haben dafür die Altersgruppen von 36 bis 60 Jahren erfahren. Zu beachten ist dabei, daß die Gesamtarbeiterschaft der Reichsbahn in dem genannten Zeitraum von 415 920 auf 355 785 zurückging, während die Altersgruppen von 41 bis 60 Jahren noch absolut zunahm. Wichtig liegen die Verhältnisse wohl in den meisten anderen öffentlichen Betrieben, aber auch in vielen Zweigen der privaten Wirtschaft. So hat der Buchdruckerverband kürzlich in einer Erhebung, die etwa fünf Eiselemente des Verbandsgebietes umfaßt, festgestellt, daß von 16 024 ermittelten arbeitslosen Mitgliedern sich 8157 also über 50 Proz. im Alter von 18 bis 25 Jahren befinden. In einzelnen Bezirken beträgt der Anteil dieser jüngeren Arbeitslosen an der Gesamtzahl bis zu 68 Proz.

Die bisher angeordneten Grundläufe, monach die jüngeren und ledigen Arbeiter bei Entlassungen in erster Linie und bei Neueinstellungen in letzter Linie zu berücksichtigen sind, bedürfen also einer gründlichen Revision. Die gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten ist eine Angelegenheit, die die jungen Arbeiter ganz besonders angeht. Machse regte daher an, daß die durch die Arbeitszeiterfüllung, Befreiung von Doppelstellungen und auf andere Weise freimachenden Arbeitsplätze vornehmlich mit jüngeren Leuten besetzt werden, um die ihnen bisher zugefugte Benachteiligung wenigstens etwas wieder auszugleichen.

Strafanzeige gegen Hitler

Wegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung

Die „Welt am Montag“ hat gegen Hitler Strafanzeige wegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung erlassen.

In falscher eidesstattlichen Versicherung, die Hitler am 7. April gegen die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost“ wegen des Abdrucks einer Rechnung des Berliner Dagus-Hotels Kaiserhof vor dem Nürnberger Landgericht abgab, ist behauptet, daß die Berufsbedingungen unmehr seien und entsprechende Klage gegen das Berliner Blatt bereits erhoben sei.

Dazu stellt die „Welt am Montag“ fest, daß sie wegen der Veröffentlichung der Rechnung am Tage der Abgabe oder am Tage der Einreichung der eidesstattlichen Versicherung Hitlers nicht bereits verurteilt worden sei, wie Hitler eidesstattlich behauptet habe. Sie ist auch bis heute nicht verurteilt und es sei mehr als

zweifelhaft, ob eine Klage überhaupt jemals bei Gericht eingereicht worden sei.

Weiter habe Hitler bestritten, daß er „für sich im Kaiserhof fünfzehn Tage den Betrag von 4048 Mark ausgegeben“ habe. Die „Welt am Montag“ habe jedoch ausdrücklich berichtet, daß der Aufwand von Adolf Hitler und seinem einzigen Stabe gemacht worden sei. Die Spezifizierung der einzelnen Posten ergebe auch deutlich, daß mit Hitler mehrere andere Personen im Kaiserhof gehobelt, gegessen und getrunken hätten.

Die „Welt am Montag“ schließt ihre Veröffentlichung: „Erneuteren deutschen Rechtes und deutscher Ehre“ darf es — auch wenn sie Adolf Hitler heißen — nicht ungenutzt erlaubt werden, die Gerichtsbarkeit des „Südens“ durch Abgabe unwahrer eidesstattlicher Versicherungen zu mißbrauchen. Deshalb haben wir Strafanzeige gegen Hitler erlassen.“

